

PRESSEMITTEILUNG

Brexit: Handel mit UK wird trotz Abkommen komplizierter und teurer

Düsseldorf, 04. Januar 2021

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) begrüßt das vorläufige Freihandelsabkommen zwischen London und Brüssel. Dennoch bedeutet die Einigung keine Rückkehr zu einem uneingeschränkten Freihandel. Zusätzliche Belastungen treffen vor allem den Mittelstand.

Seit dem 1. Januar ist das neue Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vorläufig gültig, da die Zeit für eine Ratifizierung durch das EU-Parlament nicht mehr ausreichte. Zölle und Einfuhrquoten konnten mit der Last-Minute-Einigung verhindert werden; das „Level Playing Field“ garantiert einen fairen Wettbewerb in Europa.

„Das Schlimmste wurde verhindert“

DMB-Vorstand Marc S. Tenbieg: *„Der Deal war eine sehr verspätete, aber auch gute Nachricht für den exportorientierten Mittelstand zum Ende eines besonders schwierigen und herausfordernden Jahres. Das Schlimmste wurde verhindert. Unternehmen haben nach jahrelanger Unsicherheit in vielen Fragen endlich Klarheit und Planungssicherheit.“* Der No-Deal hingegen hätte die deutsche Wirtschaft gerade jetzt in einer angespannten wirtschaftlichen Lage stark belastet. Schließlich ist das Vereinigte Königreich noch immer siebtwichtigster Handelspartner und fünftgrößter Exportmarkt für Deutschland.

Bürokratische Belastungen für Mittelstand

Das Freihandelsabkommen bedeutet allerdings keine Rückkehr zu einem uneingeschränkten Freihandel. Für Unternehmen gelten auch mit dem neuen vorläufigen Abkommen andere Bedingungen im Handel zwischen der EU und den Vereinigten Königreich als zuvor. So gibt es neue bürokratische Hürden, wie Zollformalitäten und Produktzertifizierungen, die vor allem kleine und mittelständische Unternehmen überproportional belasten.

Marc S. Tenbieg: *„Der Handel mit dem Vereinigten Königreich wird für Unternehmen nicht nur komplizierter, sondern auch teurer. Der Brexit wird wirtschaftliche Schäden verursachen – und zwar auf beiden Seiten des Ärmelkanals. Das Abkommen kann diesen Schaden aber immerhin begrenzen, es ist der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Brüssel und London.“* Mehrere wichtige Punkte werden mit dem jetzigen Abkommen allerdings noch nicht geregelt, etwa das Thema Finanzdienstleistungen. Hier wird es weitere inhaltlich schwierige Verhandlungen geben. *„Der Brexit wird uns also auch im Jahr 2021 und vermutlich darüber hinaus – mehr als viereinhalb Jahre nach dem Austrittsreferendum – weiter beschäftigen“*, resümiert Tenbieg.

Über den DMB

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) e.V. ist der Bundesverband für kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland. Der DMB wurde 1982 gegründet und sitzt in Düsseldorf. Unter dem Leitspruch "Wir machen uns für kleine und mittelständische Unternehmen stark!" vertritt der DMB die Interessen seiner rund 21.000 Mitgliedsunternehmen mit über 500.000 Beschäftigten. Damit gehört der DMB mit seinem exzellenten Netzwerk in Wirtschaft und Politik zu den größten unabhängigen Interessen- und Wirtschaftsverbänden in Deutschland. Der Verband ist politisches Sprachrohr und Dienstleister zugleich, unabhängig und leistungsstark. Spezielle Themenkompetenz zeichnet den DMB in den Bereichen Digitalisierung, Nachfolge, Finanzen, Internationalisierung, Energiewende und Arbeit & Bildung aus. Als dienstleistungsstarker Verband bietet der DMB seinen Mitgliedsunternehmen zudem eine Vielzahl an Mehrwertleistungen. Weitere Informationen finden Sie unter www.mittelstandsbund.de.

Kontakt für Rückfragen

Manon Meinert

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e.V.

Telefon: +49 (211) 200525-36

manon.meinert@mittelstandsbund.de